

## Anforderungen an eine Koalition der Erneuerung

Offener Brief an die Mitglieder der AG „Umwelt und Naturschutz“ sowie der AG „Klima, Energie, Transformation“ im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Die Grünen und FDP. Nachrichtlich an Medienvertreter.

Berlin, 1. November 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus unserem Hauptmotiv, dem Schutz natürlicher Lebensräume, entstand eine bundesweite Bewegung für eine Energiepolitik, die Erneuerung mit Zukunftssicherheit verbindet. Im Namen der Mitglieder unseres Verbands und gleichgesinnter Bürgerinnen und Bürger aus ca. 1000 Bürgerinitiativen unseres Landes bitten wir Sie herzlich, die folgenden Prinzipien und Sachverhalte zu beachten:

### Besinnung statt Beschleunigung

Allenthalben<sup>1</sup> ist zu lesen, dass Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen beschleunigt und Hürden aus dem Weg geräumt werden müssten. Dies folgt 1:1 dem Narrativ der Windlobby, wonach der Ausbau von Windenergieanlagen durch bürokratische Schikanen gehemmt würde. Dieses Narrativ stellt die Realität auf den Kopf. Dass Windkraftplanungen dauern, liegt in der Natur der Sache. Die Anlagen werden immer höher und immer mehr. Es gibt schon lange keine konfliktfreien Flächen mehr und die Beeinträchtigung von Schutzgütern wird immer stärker. Dass Verfahren komplizierter werden<sup>2</sup>, ist logische Folge des bisherigen rasanten Ausbaus – nirgendwo auf der Welt gibt es eine derartig hohe Anlagendichte wie bei uns. Dass gegen erteilte Genehmigungen häufig geklagt wird, geht im Übrigen zum Großteil auf Gier und Rücksichtslosigkeit der Betreiber zurück. Sobald diese die Genehmigung erhalten haben, klagen sie oftmals gegen die darin enthaltenen naturschutzfachlichen Auflagen, die ja Bedingung der Genehmigung waren. Statt einer Beschleunigung des Ausbaus um des beschleunigten Ausbaus Willen muss eine Koalition der Erneuerung **Rechtsstaatsprinzip und Naturschutz gegenüber profitgetriebenen Begehrlichkeiten verteidigen**. So, wie es die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und andere EU-Rechtsnormen ohnehin verlangen.

### Augenmaß statt Ausbauwahn

Ebenfalls aus Sphären der Windlobby stammt die Forderung, zwei Prozent der Landesfläche zu Windkraftgebieten zu deklarieren. Dies mag für Nicht-Fachkundige harmlos klingen, impliziert aber die flächendeckende Industrialisierung unserer letzten verbliebenen Naturräume und Landschaften. Denn der Wirkungsbereich von 250 Meter hohen Windenergieanlagen geht um ein Vielfaches über den bloßen „Stellplatz“ hinaus. Die Fläche, die ökologisch und optisch, d.h. als Lebens- und Erholungsraum entwertet wird, übertrifft die Fläche, die mit 2% gemeint ist, ca. um den Faktor > 20. Die **Gebote der EU-Biodiversitätsstrategie** und des „Green Deal“ sind zu **beachten**. Die aktuell diskutierten Flächenvorgaben laufen diesen Geboten diametral entgegen.

<sup>1</sup> So bspw. im Sondierungspapier von Grünen und FDP.

<sup>2</sup> Die meisten Verfahren werden binnen eines Jahres entschieden, nur in wenigen Ausnahmefällen dauert es über 2 Jahre bis zur Entscheidung – keineswegs 6 Jahre, wie leider regelmäßig zu hören und zu lesen ist (Lobbysprech).

### Prävention statt Korruption

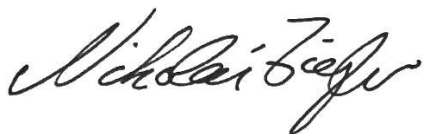
Die Idee, Betroffene des Windkraftausbaus finanziell zu kompensieren, ist so alt wie schlecht. Eine leistungsgerechte Kompensation ist nicht möglich, die Gesundheitsrisiken und Einschränkungen der Lebensqualität bleiben. Die Betroffenen wollen kein Geld, sie wollen ihre Nachtruhe. Trotz beflissener Gegendarstellungen wird immer klarer, dass Anwohner erkranken und dafür schrittweise physikalisch-medizinische Erklärungen gefunden werden. Eine Koalition der Erneuerung muss die **Leiden betroffener Bürger anerkennen** und problemorientierte Forschung veranlassen. Die Gesundheitsvorsorge verlangt, **Abstandsvorgaben** nicht an Ausbauzielen, sondern **am Schutzbedarf auszurichten**. Finanzielle Kompensation läuft auf Korruption hinaus und säht Zwietracht. Zumal die Empfänger der Vergünstigungen diese über ihre Stromrechnung anteilig selbst bezahlen müssen. Solche Modelle zerstören Bürgersinn, Vertrauen und ökonomische Vernunft.

### Ehrlichkeit statt Eitelkeit

Nach zwei Jahrzehnten massiven Ausbaus der Windenergie sind die ökonomischen und ökologischen Auswirkungen zu analysieren. Zurecht kritisiert der Bundesrechnungshof die Wirkung und Kosten der bisher unter der Rubrik „Energiewende“ gesetzten Maßnahmen. Eine Koalition der Erneuerung muss **anerkennen, dass es uns nicht an Ingenieurskunst oder gutem Willen, sondern schlicht an Wind fehlt.**<sup>3</sup> Die Launen des Windes haben die Energieversorgung nicht verbessert, sondern verteuert. Sie erfordern konventionelle Ausgleichskraftwerke, was keine effektive Absenkung von atmosphärischem CO<sub>2</sub> erlaubt und Energie zum Luxusgut macht. Anders als allenthalben suggeriert<sup>4</sup>, verlangen der Ausstieg aus der Kohleverstromung und die CO<sub>2</sub>-Minderungsziele keineswegs den weiteren Ausbau von wetterabhängiger Erzeugungskapazität. Wenn man die Klimaschutzziele ernst nimmt, erfordert es die Redlichkeit, den unter überholten Prämissen beschlossenen Komplettausstieg aus der Kernenergie zu überdenken und die verbliebenen sechs Kernkraftwerke vor der Zerstörung zu bewahren. Mit Wind- und Solaranlagen lässt sich die entstehende Lücke jedenfalls nicht schließen.<sup>5</sup> Im Gegenteil, die jetzt schon allfälligen Probleme – Export von Überschussstrom zu Negativpreisen bei zu viel Wind, Notwendigkeit von teuren Importen bei Flaute – würden verstärkt.

Wir wünschen Ihren Verhandlungen eine gute Atmosphäre und gutes Gelingen.  
Möge sich eine von Ihnen vorbereitete Koalition auf pragmatische, unideologische Ansätze verständigen. Auf unsere Unterstützung können Sie dabei gerne zählen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Nikolai Ziegler  
1. Vorsitzender



Waltraud Plarre  
Pressesprecherin

<sup>3</sup> Die Windstromproduktion ist im 1. Halbjahr 2021 trotz weiteren Zubaus an Anlagen gegenüber dem Vorjahr um 21% gesunken.

<sup>4</sup> So bspw. im Sondierungspapier von Grünen und FDP.

<sup>5</sup> Aus gutem Grund benennt das IPCC Kernenergie, CCS und andere hierzulande noch „unerwünschte“ Technologien als wichtige Bausteine einer effektiven Klimaschutzpolitik.